

**Arbeitsgemeinschaft
Staatlicher Selbstverwaltungen (StaSeVe)
in Deutschland
gem. UN-Res 56/83 - Artikel 9 und 11**

- Regierung der Arbeitsgemeinschaft -

**Pfingstweide 10
D -04179 Leipzig**

**FAX: 0049/341/92727-61
Tel: 0049/341/92727-60**

e-mail: staseve@selbstverwaltung-deutschland.de

Leipzig, 28.04.2011

**Internationaler Gerichtshof
Peace Palace**

NL - 2517 Den Haag

**Immunitätsfeststellungsklage
der**

**Arbeitsgemeinschaft Staatlicher Selbstverwaltungen (StaSeVe) in Deutschland,
einer Personengruppe nach § 9 der UNO-Resolution 56/83 Artikel 9 und 11
Pfingstweide 10, 04179 Leipzig**

**vertreten durch die Bevollmächtigten der Arbeitsgemeinschaft
Herrn Peter Frühwald, Herrn Roland Herlicska und
Herrn Matthias Güntel**

- Klägerin -

gegen die

**Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundespräsidenten der
Bundesrepublik Deutschland, Herrn Christian Wulff, Spreeweg 1, 10557 Berlin
und deren Bevollmächtigte**

- Beklagte -

Es wird beantragt:

- 1. Die Bundesrepublik Deutschland wird dazu verurteilt, die völkerrechtliche Immunität der die Arbeitsgemeinschaft Staatlicher Selbstverwaltungen in Deutschland (StaSeVe) tragenden und für diese handelnden Personen, sowie die für zur Arbeitsgemeinschaft gehörenden Einzelnen Staatlichen Selbstverwaltungen gemäß UN-Res 56/83 Artikel 9 und deren jeweiligen handelnden Personen korrekt nach dem Wiener Übereinkommen über**

diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961 zu behandeln, wie es im übrigen juristisch faktisch im § 18 GVG der Bundesrepublik Deutschland 1961 (BGBl. II S. 957 ff. der Bundesrepublik Deutschland) verfügt steht.

- 2. Die Bundesrepublik Deutschland ist zum Schadensersatz gegenüber allen Staatlichen Selbstverwaltungen in Deutschland, die in ihrer Immunität verletzt wurden zu verurteilen. Die Höhe der Summe ist durch den Internationalen Gerichtshof festzulegen.**
- 3. Es wird beantragt zu überprüfen, ob die Bundesrepublik Deutschland ein Staat im Sinne des Völkerrechtes ist.**
- 4. Es wird beantragt das Verfahren gem. Artikel 39 Ziffer 3 in Deutsch zu führen, da beide Klägerin und Beklagte aus Deutschland kommen und dies aus vereinfachenden Gründen in diesem Verfahren es deshalb als sinnvoll erachtet wird.**
- 5. Die Kosten des Rechtsstreits trägt die Beklagte.**

Gründe:

Die Arbeitsgemeinschaft Staatlicher Selbstverwaltungen (StaSeVe) wurde am 06.11.2010 gegründet, wegen des Nichtvorhandenseins Staatlicher Stellen im Teilterritorium des Deutschen Reiches, dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet, der Treuhandverwaltung Bundesrepublik Deutschland auf den Hoheitsgebiet des Deutschen Reiches.

Begründet fußt die Arbeitsgemeinschaft Staatlicher Selbstverwaltungen in Deutschland auf der Anerkennung und Einhaltung der Menschenrechte und des Völkerrechtes gem. Artikel 1 des UN-Statuts und der Resolution UN-Res 217 (III).

Da am 23. Mai 1945 die letzte gesamtdeutsche Regierung verhaftet wurde und mit diesem Akt gemäß § 43 der Haager Landkriegsordnung die Besatzungsmächte USA, Großbritannien und Rußland die Organisation und Ordnung bis zu einem Friedensvertrag in Deutschland, in den Grenzen des 31.12.1937 übernahmen und im Rahmen des Artikels 55 der Haager Landkriegsordnung unter Einbeziehung der Landesgesetze gestalteten besteht bis zum heutigen Tage in Deutschland Besatzungsrecht.

Das Vereinigte Wirtschaftsgebiet gestaltet durch die Treuhandverwaltung der Alliierten (USA, Rußland, Großbritannien und Frankreich) hat bis zum heutigen Tage keine rechtsstaatliche Ordnung im Sinne des Völkerrechtes.

Dass das Deutsche Reich nicht untergegangen ist, sondern nur vorübergehend handlungsunfähig ist, hat das Bundesverfassungsgericht der Bundesrepublik Deutschland 1973 festgestellt (vgl. Urteil Bundesverfassungsgericht der Bundesrepublik Deutschland vom 31.07.1973 (2 BvF 1/73)).

Auch das Restitutionsgericht der Alliierten hat dies in gleicher Weise bereits 1951 festgestellt (vgl. Urteil des Restitutionsgerichts vom 25.01.1951 - Fall 60 veröffentlicht ohne Aktenzeichen in der Bonner Rundschau vom 20. Februar 1951).

Mit der UN-Res. 56/83 wurde ein neuer Weg im Rahmen des Völkerrechtes und der Menschenrechte weltweit geschaffen. Diese Resolution gab ab 2007 den mündigen Deutschen Bürgern nunmehr die Möglichkeit wirklich unter Anerkennung der Menschenrechte und des Völkerrechtes in die Völkergemeinschaft vollwertig zurückzukehren.

Bedingt durch den Ablauf der 60 Jahre andauernden Fremdherrschaft im besetzten Deutschen Reichsgebiet, mit dem 22.05.2005, wurde im Rahmen der Haager Landkriegsordnung durch die Alliierten mit dem 2. Bundesbereinigungsgesetz im Vereinigten Wirtschaftsgebiet der Treuhandverwaltung BRD das Deutsche Volk in die Freiheit entlassen und nur noch die BRD-Verwaltung besetzt gehalten.

Gemäß der UN-Resolution 56/83 Artikel 9 besteht dadurch für alle Deutschen die Möglichkeit bis zu einem Friedensvertrag des Deutschen Reiches mit den Alliierten Siegermächten des 2. Weltkriegs sich in die Staatliche Selbstverwaltung zu begeben. Diesen Schritt haben nunmehr bereits etwa 33.000 Deutsche Bürger des Deutschen Reiches getan.

Die Arbeitsgemeinschaft Staatlicher Selbstverwaltungen (StaSeVe) ist die Vertretung dieser in Staatlicher Selbstverwaltung sich befindlichen „Einzelstaaten im Sinne des Völkerrechts (Artikel 9 – UN-Res 56/83)“ und als solche in staatlich hoheitlichem Auftrag heute den Klageweg beschreitend.

Bedingt dadurch, dass die Bundesrepublik Deutschland ständig an den verschiedensten Stellen ihrer Treuhandverwaltung die Rechte eigenstaatlicher Bürger und deren Immunität mißachtet, Bürger die sich in Staatlicher Selbstverwaltung befinden, ist die Klage mit den entsprechenden Anträgen geboten.

Alle Bürger Deutschlands, welche die Proklamation der Staatlichen Selbstverwaltung und die Erklärung zum veränderten Personenstand bei den Alliierten, der UNO und den BRD-Behörden eingereicht haben, genießen Immunität gemäß GVG §§ 18 – 20, einzig bestätigt durch die Direktannahme eines Strafantrages und zweier weiterer Strafanträge u.a. Aktenzeichen OTP-CR 307/2010 und OTP- CR-3/2011 des IStGH und haben dadurch internationale Anerkennung.

Selbst der gängigste Gesetzeskommentar zum Gerichtsverfassungsgesetz der Bundesrepublik Deutschland führt hierzu in der 6. Auflage von Kissel/Mayer zu § 21, Seite 467, Rn 18 hierzu folgendes aus:

Innerstaatlich gilt für die Verfahren um Straftaten nach dem Völkerstrafgesetzbuch, für die der IStGH subsidiär zuständig ist, jedoch mangels Anwendbarkeit des § 21 die Immunität. Damit besteht ein Verfahrenshindernis nach §§ 18 bis 20. Dies begründet die Zulässigkeit des Verfahrens vor dem IStGH, weil ein Staat nicht in der Lage ist, die Ermittlungen oder die Strafverfolgung durchzuführen (Art. 17 Abs. 1 Buchst. a IStGH - Statut). In den Fällen unserer Arbeitsgemeinschaft die direkt durch den IStGH in Den Haag angenommen wurden, wurde dies dadurch ebenso bestätigt,

dass die BRD-Treuhandverwaltung kein Staat ist und dass Bürger Deutschlands in Staatlicher Selbstverwaltung im Rahmen der Eigenstaatlichkeit Immunität haben.

Bezüglich der Immunitätsverletzten reichen wir eine Liste mit den Einzelnen Betroffenen und Ihren Fällen im Laufe des Verfahrens noch ein.

Bedingt dadurch, dass sowohl Kläger als auch Beklagte auf Deutsch miteinander kommunizieren, und die Deutsche Sprache auch eine der drei Hauptsprachen der Europäischen Union ist, wurde deshalb beantragt nach Artikel 39 Ziffer 3 des Statuts in deutscher Sprache zu verhandeln.

**Im Auftrag und Staatlicher Handlung der Arbeitsgemeinschaft
mit freundlichen Grüßen**

**Peter Frühwald
Bevollmächtigter der Arbeitsgemeinschaft Staatlicher Selbstverwaltungen in
Deutschland**

Anlage

Klageschrift in dreifacher Original-Ausfertigung vorab einfach per FAX

